

Der obererschlesische



Wanderer

Herausgeber:
Oberschlesien im Bild

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

"Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien wöchentlich 150000 polnische Mark, im Ausland 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 7 Millionen poln. Ml. — Preise freibleibend. — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch Krieg, Streik und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einpaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM, für auswärtige Anzeigen die einpaltige mm-Zeile 0,12 1/2 GM, im Reklameteil 0,50 GM. Amtliche, Finanz- und Heilmittelanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. In Polnisch-Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bzw. 0,40 GM, umgerechnet nach dem jeweiligen Stande der poln. Ml. Angebots- und Auftragsbestätigung 0,10 GM, Beilagengebühr 4,- GM %₀₀. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Afford oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Keine deutschnationale Regierung

Berlin, 16. Mai. (Privattelegr.) Die Bildung der neuen Reichsregierung wird vorläufig nicht den Deutschnationalen übertragen, weil sie die Durchführung des vom Kabinett angenommenen Expertengutachtens gefährden. Das ist die wichtige Enthüllung, die H. Müller in der Sitzung der Berliner Gewerkschaften gestern gemacht hat. Müller gehörte zu den sozialdemokratischen Vertretern, die der Reichspräsident nach seiner Rückkehr aus Mergentheim empfangen hat.

Die gemeinsame Linie

Einberufung der Reichsregierung. — Sonderrecht des Finanzministers.
— Berlin, 14. Mai.

Es hat sich als notwendig herausgestellt, die Einberufung der Reichsregierung und der Kompetenzen der Reichsministerien durch eine neue Geschäftsverteilung nachdrücklicher als bisher zu gewährleisten. Die bei Koalitionsregierungen liegt ja die Gefahr, daß bei der verschiedenartigen parteipolitischen Stellung einzelner Minister die gemeinsame Linie nicht immer und wieder verlassen wird, so daß Unklarheiten und Missverständnisse die Folge sind. Daß der Reichspräsident in der Folge erlassenen Geschäftsverteilung der Reichsregierung vor allem damit, daß die vom Reichspräsidenten gegebenen Richtlinien von sämtlichen Ministern eingehalten und nicht abgewichen werden müssen. Nur der Reichspräsident ist befugt, Ausnahmen zuzulassen, oder Veränderungen anzuordnen. Weiter dürfen künftig Geschäftsverteilung erst nach ihrer Beratung im Kabinett an den Reichspräsidenten oder der Öffentlichkeit vorgelegt werden, um verteilende Diskussionen über unferne Pläne zu vermeiden. Der Entlassung des Reichspräsidenten dient die Bestimmung, daß Abordnungen von Reichsministern selbst empfangen werden können. Alle Verhandlungen mit ausländischen Stellen sind grundsätzlich nur durch Vermittlung des Reichspräsidenten zu führen, welches auch für alle Angelegenheiten, welche die auswärtige Politik betreffen, hinsichtlich ist. Bei der Abgrenzung der Kompetenzen der Reichsregierung interessiert die Bestimmung, daß der Reichspräsident von allgemeiner politischer Bedeutung auch öffentliche Kundgebungen und Ausstellungen von öffentlichen Sammlungen Sache der Reichsregierung ist, wenn die Kundgebung oder die Ausstellung von der Reichsregierung gemeinsam mit den Ländern erfolgen sollte. Um eine engere Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern herzustellen, sollen künftig die Ministerpräsidenten der Länder, so oft es möglich ist, in die Reichsregierung einbezogen werden. Die gemeinsamen Besprechungen sollen in der Regel in der Reichsregierung stattfinden und zu einer einheitlichen Linie in Reich und Ländern beitragen. Unter besonderen Umständen wird schließlich die Bestimmung getroffen, daß der Reichspräsident gegen alle Beschlüsse der Reichsregierung von allgemeiner Bedeutung Widerspruch erheben kann, wenn er von diesem Recht Gebrauch, so muß aber im Falle der Einberufung der Reichsregierung abgelehnt werden und der Entwurf wird dann abgelehnt, wenn die Mehrheit einschließlich des Reichspräsidenten in Anwesenheit des Reichspräsidenten ausdrücklich an der Durchführung des Beschlusses besteht. Es war ein glücklicher Gedanke, die Bestimmungen, die in keiner Weise von parteipolitischen Gesichtspunkten beeinflusst sind, in dieser Weise in die Reichsregierung einbringen zu lassen, so daß die neue Regierung nicht abgelehnt ist. Denn so kann eine Fraktion auf den Gedanken kommen, daß die eine oder andere Bestimmung etwa gegen die allgemeinen Vertreter im Reichskabinett richten sollte, was allgemein muß die Notwendigkeit dieser Regierung anerkannt werden.

Folgen des Frankfurter Sturzes

Die Folgen des Lebensmittelpreises. — Höhere Lohnforderungen der Arbeiterklasse.
G. Genf, 16. Mai. (Privattelegr.) "Journal de Genève" meldet: Der neue Frankfurter Sturz hat zu einer allgemeinen Lohnbewegung der Pariser Gewerkschaften geführt. Die gestrige Tagung der Gewerkschaften in der Arbeiterbüchse hat die Forderung einer 50 proz. Lohnaufbesserung beschlossen. Die Beamtenverbände fordern eine Lohnaufbesserung von 60 proz. Die Lebensmittelpreise in Paris stiegen wieder an, Fett und Fleisch stiegen in 24 Stunden im Preise um fast 1/2 gestiegen.

Nach Frankreich...

Die Dampfschiffe. — Der im Rheinischen Bezirk zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilte Hauptmann Wohl von der Schutzpolizei in der Rheinisch-westfälischen Zeitung, meldet, daß er am Montag plötzlich nach Frankreich abgereist ist.

Moskau gegen Berlin

Zurückweichen der deutschen Regierung?

R. Rotterdam, 16. Mai. (Privattelegr.) Die "Morningpost" meldet aus Moskau: Der deutsche Außenminister Dr. Stresemann hat nach einer offiziellen Mitteilung der Russisch-Telegraphen-Agentur in seiner Entschuldigung an die Moskauer Regierung am Dienstag die Exterritorialität der russischen Handelsvertretung in Berlin anerkannt. Damit ist die Hauptforderung der Russen erfüllt und dem Konflikt zwischen Moskau und Berlin seine Schärfe genommen. Die "Morningpost" fügt hinzu, in Moskau sei dieses schnelle Nachgeben Deutschlands nicht erwartet worden. Man bedaure die im Großen Sowjet gehaltenen deutschfeindlichen Reden.

Ob Berlin 16. Mai. Von Regierungsseite wird widersprochen, daß der Außenminister bereits in Moskau die Exterritorialität der Sowjet-Handelsvertretung haben mitteilen lassen, wie die Petersburger Telegraphen-Agentur gestern berichtet hat. Dem entgegen steht jedoch die Mahnung des Chefs der politischen Polizei wegen eben dieser Verletzung der Exterritorialität.

Ob Berlin, 16. Mai. (Sig. Ber.) Das Reichskabinett tritt heute Vormittag 10 Uhr zusammen, um zu der gestern überreichten russischen Note Stellung zu nehmen. Wie verlautet, ist die Russenote in einem so energischen Ton gehalten, wie man das in diplomatischen Dokumenten nicht kennt. Gestern abend verführten die Kommunisten eine Demonstration vor dem Polizeipräsidium, wurden aber von der Polizei zerstreut.

Verständigung mit Deutschland

G. Rotterdam, 16. Mai. (Sig. Ber.) Der "Courant" meldet aus London: Zur Unterbrechung ergriff gestern MacDonald auf eine Anfrage Lloyd Georges das Wort. Er sagte, daß der französische Ministerwechsel keine Veränderung in der Politik Englands herbeiführen werde, die darauf gerichtet bleibt, eine Verständigung mit Deutschland herbeizuführen, um die Reparationsfrage endgültig im Sinne des Expertengutachtens zu lösen. Unter Voraussetzung des guten Willens in Deutschland dürfte die Streitfrage zwischen Deutschland und Frankreich noch im Laufe dieses Sommers für immer ihren Abschluß finden.

390 Millionen

G. Genf, 16. Mai. (Privattelegr.) Das Echo de Paris meldet, daß die Kriegskostenkommission die Bekämpfungskosten für das 1. Vierteljahr 1924 mit 390 Millionen Goldfranken angesetzt hat. Hiervon habe Deutschland etwa 190 Millionen an monatlichen Vorstößen geleistet.

Truppenverstärkung statt Räumung

Ob. Frankfurt, 16. Mai. (Sig. Ber.) Wie aus Krier gemeldet wird, sind gestern neue französische Truppenverstärkungen in Krier, Nagen und Kreuznach eingetroffen. Wahrscheinlich beabsichtigt Frankreich eine neue ungeheure Verstärkung seiner Besatzung, bevor die Rhein- und Ruhrfrage in wirtschaftlichem Sinne gelöst wird.

Besatzung, bevor die Rhein- und Ruhrfrage in wirtschaftlichem Sinne gelöst wird.

Probemobilisierung in Polen

Polnische Telegraphen-Agentur meldet eine vor einigen Tagen stattgefundene Probemobilisierung in der polnischen Armee. Der Mobilisierung des 36. Infanterieregiments wohnte der Kriegsminister bei. Die Festübungen in Rembertowo erfolgten unter Anwendung scharfer Munition und der Unterstützung von Artilleriefeuer. Zugleich wurde eine Probemobilisierung von Pferden in der Warschauer Wojewodschaft durchgeführt.

Ein heißer Punkt

U. London, 15. Mai. Am Unterhaufe wurde gestern an den Ministerpräsidenten die Anfrage gestellt, ob die Regierung nicht die Möglichkeit habe, eine Konferenz zur Erörterung der Frage der interalliierten Kriegsschulden einzuberufen. MacDonald erwiderte, es sei durchaus verfrüht, derartige Pläne zu fassen, bevor nicht endgültige Entscheidungen über die Sachverständigenberichte getroffen seien und er lehne es ab, in diesem Augenblick darüber zu sprechen.

Kommunistentag in Berlin

Bedingungsloser Kampf gegen die Sozialdemokratie — Gewalttame Errichtung der Räte-Diktatur

G. Berlin, 16. Mai. (Privattelegr.) Die kommunistische Parteileitung hatte für Dienstag eine Vertreterversammlung aus ganz Deutschland nach Berlin berufen. Sie fand in den Festsälen in Nieder-Schönweide statt. 113 Delegierte aus Deutschland waren erschienen. Wie zuverlässig verlautet, hat sich die Tagung einstimmig für einen bedingungslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie und für die gewalttame Errichtung der Räte-diktatur in Deutschland ausgesprochen.

Rußlands Drohungen

X Berlin, 15. Mai.

In Moskau hat sich die Sowjetregierung höchst unangebrachte Demonstrationen von angeblich "elementarem" Charakter gegen die deutsche Regierung geleistet. Krawall und Unruhe haben zu den Massen von einem Unrechtsverfall der deutschen Polizei gestrichen und das Borgehen gegen die Berliner Vertretung mit der Ermordung des Schweizer Sowjetgesandten Worotowski in Zusammenhang gebracht. Einmal verhängte sich über die russische Propaganda, der immerhin betonte, daß Rußland keine Verschärfung des Konfliktes wünsche und die Verantwortung ausbrach, daß Berlin sich die Demonstrationen zur Warnung dienen lasse. Auf diese Weise, eine sehr primitive und naive Weise, dient man der Erledigung des unerreichten Konfliktes wirklich nicht. Bekanntlich hat Deutschland ein selbstverständliches Verfahren vorgeschlagen, aber die Sowjetregierung geht vorläufig wenig auf den Vorschlag ein. Man will durchaus eine formale Entschuldigung herauspressen. Die Sachlage ist wirklich so ernst, um den Streitfall in die Niederungen der Straßendemonstrieren und der kommunistischen Weltpropaganda zu verpflanzen. Die Moskauer Regierung muß sich schließlich sagen, daß Deutschland nicht irgend ein kleiner Balkanstaat ist, dem es mit blühenden Drohungen imponieren kann und daß es schließlich des politischen Wertes schließlich nicht nur für die Russen, sondern auch für uns selbst. Unabhängig davon, muß es selbstverständlich die Bedeutung des Auswärtigen Amtes sein, genau zu untersuchen, ob Fehler begangen worden sind und wen die Verantwortung dafür zurechnen hat.

Maßregelung deutscher Beamten

G. Berlin, 16. Mai. (Privattelegr.) Der vom preussischen Innenministerium wegen seines Eingreifens gegen die revolutionären Umtriebe in der russischen Handelsvertretung seines Amtes enthobene Chef der politischen Polizei, Oberregierungsrat Weiß, hat gegen seine Suspendierung die Befreiung beim Staatsministerium erhoben. Mit Dr. Weiß sind 8 Herren des Polizeipräsidiums gemahnt worden. Die in der russischen Handelsvertretung beschlagnahmten Gegenstände waren: 6 Kisten revolutionärer Auftrags an die Reichswehr und Schutzpolizei, 9 Kisten revolutionärer Tractschriften für die Arbeiterklasse, sowie ein vollständiges Magazin zur Fälschung von Stempeln, Dokumenten und Reisepapieren.

Sochs Deutschen Angst

(G. Genf, 16. Mai. (Privattelegr.) Der Temps und der Matin melden, Paris: Soch habe im Offiziersklub in Versailles eine Rede gehalten, die die Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung fordert, wenn nicht die Sicherheit Frankreichs gefährdet werden sollte.

Frankreichs Politik bleibt

G. Genf, 16. Mai. (Privattelegr.) Wie der Temps meldet, ist in der Lesprechung zwischen Poincaré und dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou festgestellt worden, daß das Expertengutachten auch in der neuen französischen Kammer von 807 der Deputierten unterstützt wird. Infolgedessen bedeuere ein Regierungswechsel keine Veränderung der Stellungnahme Frankreichs in der Reparationskommission.

Gebung der Gelder-Lotte

U. London, 16. Mai. (Sig. Ber.) Heute wurde mit den Arbeiten begonnen, die in der Nacht von Scapa-Flow versenkten deutschen Kriegsschiffe zu heben. Man ist der Ansicht, daß das Material zum Neubau anderer Schiffe verwandt werden könne. Das große Schwimmdock, das nördlich von Deutschland ausgesetzt wurde, wurde von Scapa-Flow nach Scapa-Flow gebracht. Man beabsichtigt, auch den Zirkelkreuzer "Hindenburg" zu heben. Sollte die Operation Erfolg haben, so will man die gesamte Flotte heben.